

Der Bundeshaushalt 1968

Der nunmehr vorliegende vorläufige Gebarungserfolg erlaubt erstmalig einen zusammenfassenden Überblick über den Bundeshaushalt 1968. Vergleiche mit dem Rechnungsabschluß 1967 und den laut Voranschlag geplanten Ansätzen für 1969 geben Hinweise auf die Tendenzen der Budgetpolitik.

Die Bundesgebarung schloß 1968 laut vorläufigem Erfolg im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt mit einem *formellen Abgang* von 841 Mrd. S. Ausgaben von 8618 Mrd. S. standen Einnahmen von 7777 Mrd. S. gegenüber. Der Abgang war um 06 Mrd. S oder 8% höher als im Vorjahr, in Relation zu den Gesamtausgaben blieb er jedoch unverändert. Bereinigt man das formelle Defizit von *nachfrageunwirksamen* Transaktionen (Transfers an das Ausland, Tilgungszahlungen und Rücklagenbildung), bleibt für 1968 ein *inlandswirksames Netto-Defizit* von 41 Mrd. S (01 Mrd. S weniger als 1967).

Der Bundesvoranschlag 1968 wurde im Herbst 1967 erstellt, als die Konjunktur den unteren Wendepunkt erreicht hatte. Die Konjunkturschwäche legte nahe, weiterhin ein relativ hohes Defizit in Kauf zu nehmen und *zusätzliche Investitionen* in einem Eventualhaushalt vorzusehen, von dem Anfang März 50% oder 11 Mrd. S freigegeben wurden. Der Voranschlag 1968 (einschließlich des halben Eventualbudgets) wurde ziemlich genau eingehalten. Die Einnahmen waren um 011 Mrd. S (01%) höher, als erwartet wurde. Die Ausgabenüberschreitungen konnten auf 034 Mrd. S (04%) beschränkt werden, da die *nachträglich genehmigten Mehrausgaben* größtenteils durch Einsparungen in anderen Bereichen

ausgeglichen wurden. Eine Erhöhung der Finanzierungsermächtigungen um 40 Mill. S genügte, das zusätzliche Defizit von 230 Mill. S zu decken.

Das Brutto-Defizit wurde zum weitaus größten Teil durch Auslandskredite gedeckt, die noch zu relativ günstigen Konditionen (vor Beginn der Zinssteigerungen auf den internationalen Märkten) beschafft werden konnten. Die Kapitalimporte und die Schonung des heimischen Marktes trugen maßgeblich dazu bei, daß der Kreditapparat seine Liquiditätsreserven weiter auffüllen konnte.

Die Bundeseinnahmen wurden 1968 durch verschiedene steuerliche Maßnahmen beeinflusst. Die „große Einkommensteuerreform“ 1967 wirkte sich ganzjährig aus, wodurch vor allem die Lohnsteuererträge merklich geschmälert wurden. Der Ausfall wurde größtenteils dadurch ausgeglichen, daß ab 1. Februar die Umsatz- und die Ausgleichsteuer auf Importe erhöht und ab 1. September die Käufe von Personenkraftwagen und alkoholischen Getränken mit Sonderabgaben belegt wurden.

Die Ausweitung des Personalaufwandes wurde durch verschiedene Sparmaßnahmen gebremst. Die Zahl der Dienstposten wurde generell um 1% gekürzt (diese Sparmaßnahme konnte nur in der Unterrichts-

Der Bundeshaushalt seit 1967

	Ausgaben			Einnahmen			Überschuß (+), Abgang (-)		
	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	1969 Bundesvor- anschlag	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	1969 Bundesvor- anschlag	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	1969 Bundesvor- anschlag
Mill. S									
Ordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	55 079	60 530	69 022	54 394	59 676	66 121	- 685	- 854	-2 901
Monopole	822	881	928	1 315	1 395	1 439	+ 493	+ 514	+ 511
Betriebe	9 338	9 162	9 922	8 602	8 696	9 391	- 736	- 466	- 531
Bundesbahnen	11.168	11.589	10.636	7.981	7.978	8.512	-3.187	-3.611	-2.124
Zusammen ...	76 407	82 162	90 508	72 292	77 745	85 463	-4 115	-4 417	-5 045
Außerordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	2 791	3 019	2 069	33	21	40	-2 758	-2 998	-2 029
Betriebe	937	995	904	.	.	.	- 937	- 995	- 904
Zusammen ...	3.728	4.014	2.973	33	21	40	-3.695	-3.993	-2.933
Gesamterfolg	80.135	86 176	93.481	72.325	77.766	85.503	-7.810	-8 410	-7.978
Anlehensgebarung	3.613			11.421			+7.808	+8.243	
Unwirksame Gebarung	766			1.123			+ 357		
Veränderung der Kassenbestände							+ 574		

verwaltung und in Teilbereichen des Innenministeriums, der Landesverteidigung und der Post nicht voll durchgeführt werden), Dienstposten, die nicht besetzt werden konnten, wurden gestrichen (Annäherung der Soll-Stände an die Ist-Stände), und die Aufnahme neuen Personals beschränkt. Die vereinbarten Gehaltserhöhungen (7% ab 1. August 1967, 13 1/2% ab 1. Oktober 1968), Vorrückungen und Nebenleistungen (sie ließen bisher die Gehaltssumme um etwa 1% jährlich steigen) hätten einen Personalaufwand von mindestens 8% erwarten lassen. Die Bemühungen um eine sparsame Verwaltung sind von um so größerer Bedeutung, als die Personalkosten nach der mittelfristigen Budgetvorschau einen nennenswerten Teil der zu erwartenden Mehreinnahmen absorbieren werden.

Ausgaben

Die *Gesamtausgaben* des Bundes betragen 1968 86 18 Mrd. S (davon 4 01 Mrd. S in der a. o. Gebahrung). Sie waren um 6 04 Mrd. S oder 7 5% höher als im Vorjahr. Fast die gesamte Ausweitung kam der Hoheitsverwaltung zugute (+5 68 Mrd. S oder +10%). Die Bundesbetriebe gaben nur 0 36 Mrd. S oder 2% mehr aus als 1967. Überdurchschnittlich expandierten insbesondere die Zuschüsse an die Sozialversicherung (+1 11 Mrd. S), die Beihilfen (+1 22 Mrd. S), die Aufwendungen für die Staatsschuld (+0 97 Mrd. S) und die Transfers an Länder und Gemeinden (+0 48 Mrd. S). Einsparungen wurden im Sachaufwand der Bundesbetriebe¹⁾ (—0 35 Mrd. S), beim Erwerb von Vermögenswerten und bei den restlichen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag (zusammen —0 11 Mrd. S) erzielt.

Der gesamte *Personalaufwand* stieg um 6% oder 1 78 Mrd. S auf 30 52 Mrd. S. Sein Anteil an den Gesamtausgaben sank wieder auf das Niveau von 1965 und 1966 (35%), nachdem er 1967 bereits 36% erreicht hatte. Während die Aktivbezüge in den Bundesbetrieben den Ansatz des Voranschlages um 0 24 Mrd. S übertrafen, blieben die Aktivbezüge in der Hoheitsverwaltung um mehr als 300 Mill. S hinter dem Voranschlag zurück.

Der Aufwand des Bundes für einseitige *Transferzahlungen* (Beihilfen, Renten, Unterstützungen) stieg um 12% (1 22 Mrd. S) auf 11 11 Mrd. S. Die Sätze der Familienbeihilfen, die mit 1. Jänner 1968 an die Stelle der bisherigen Kinder-, Mütter-, Familienbeihilfen und Ergänzungsbeiträge traten, wurden um rund 11% angehoben. Dadurch stieg der Aufwand

¹⁾ Da die durchlaufenden Überweisungen der Rundfunkgebühren wegfielen.

Struktur der Bundesausgaben

	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (—)	1969 Bundes- voran- schlag
Mill S				
I. Ordentliche und außer- ordentliche Gebahrung der Hoheitsverwaltung				
Personalaufwand für Aktive ...	12 359	13 194	+ 835	15 552
Pensionen ...	3 627	3 861	+ 234	5 929 ¹⁾
Beihilfen, Renten, Unter- stützungen ...	9 891	11 114	+ 1 223	11 494
Zuschüsse an Sozial- versicherungsträger ...	7 975	9 089	+ 1 114	8 951
Subventionen ...	3 661	3 720	+ 59	3 915
Staatsschuld ...	4 090	5 060	+ 970	8 046
<i>davon Tilgung</i> ...	2 378	2 908	+ 530	4 983
Brutto-Investitionen ...	4 318	4 440	+ 122	4 900
Instandhaltung u. Reparaturen	898	982	+ 84	831
Investitionsförderung ...	2 088	2 190	+ 102	2 045
<i>davon „Grüner Plan“²⁾</i> ...	492	603	+ 111	544
Elektrizitätsförderungsgesetz ...	300	300	—	—
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand) ...	2 503	2 542	+ 39	2 367
Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages ...	190	143	— 47	95
Erwerb von Vermögenswerten	1 117	1 056	— 61	912
Laufende Transfers an Länder und Gemeinden ...	699	1 180	+ 481	1 407
Internationale Finanz- institutionen ...	140	170	+ 30	90
Übriger Sachaufwand (Restpost)	4 014	4 508	+ 494	4 557
Summe I	57 870	63 549	+ 5 679	71 091
Ordentliche und außer- ordentliche Gebahrung der Monopole und Betriebe				
Personalaufwand für Aktive ...	8 512	8 934	+ 422	9 689
Pensionen ...	4 246	4 535	+ 289	3 279 ¹⁾
Betriebsaufwand ...	5 322	5 129	— 193	5 300
Instandhaltung ...	964	742	— 222	706
Brutto-Investitionen ...	3 221	3 287	+ 66	3 416
Summe II	22 265	22 627	+ 362	22 390
Gesamtausgaben (I + II)	80 135	86 176	+ 6 041	93 481

¹⁾ 1 7 Mrd. S von ÖBB-Pensionen auf Pensionen der Hoheitsverwaltung übertragen. — ²⁾ Ohne Zinszuschüsse und laufende Zuschüsse

für diese Zwecke um 0 68 Mrd. S. Ebenfalls um 11% erhöhten sich die Zahlungen an Kriegsoffer, da die Leistungen zum Teil verbessert oder ausgeweitet wurden und alle Leistungen zufolge der Rentendynamik stiegen (Anpassungsfaktor: 6 4%). Die starke Zunahme der Arbeitslosenunterstützungen um 0 3

Personalaufwand

	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	Zunahme(+) Abnahme(—)	1969 Bundes- voran- anschlag
Mill S				
Löhne und Gehälter der Aktiven				
Hoheitsverwaltung ...	12 359	13 194	+ 835	15 552
Monopole und Betriebe ...	8 512	8 934	+ 422	9 689
Summe	20 871	22 128	+ 1 257	25 241
Pensionen				
Hoheitsverwaltung ...	3 627	3 861	+ 234	5 929
Monopole und Betriebe ...	4 246	4 536	+ 290	3 279
Summe	7 873	8 397	+ 524	9 208
Insgesamt				
Hoheitsverwaltung ...	15 986	17 055	+ 1 069	21 481
Monopole und Betriebe ...	12 758	13 470	+ 712	12 968
Summe	28 744	30 525	+ 1 781	34 449

Mrd. S (27%) erklärt sich daraus, daß die Zahl der Arbeitsuchenden um 10% stieg und sich die Leistungsansprüche auf Gruppen mit höheren Unterstützungsbeträgen verlagerten (Bauberufe, Metallarbeiter).

Die *Zuschüsse an die Sozialversicherung* (9'09 Mrd. S) erforderten einen Mehraufwand von 14%. Die Pensionsanpassung, ein höherer Bundesbeitrag zur Bauernkrankenversicherung und die Zunahme der Zahl der Pensionisten erhöhten die Beitragsverpflichtungen.

Beihilfen, Renten, Unterstützungen

	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1969 Bundes- voran- schlag
Mill. S				
Familienbeihilfen	6.084	6.759	+675	6.848
Kriegsopferfürsorge	1.805	2.006	+201	2.156
Arbeitslosenunterstützungen ..	1.103	1.404	+301	1.443
Opferfürsorge u. Kleinrentner ..	135	142	+ 7	135
Stipendien	87	80	- 7	129
Laufende Transfers an private Haushalte	163	225	+ 62	244
Laufende Transfers an private Institutionen ¹⁾	514	498	- 16	539
	9.891	11.114	+1.223	11.494

¹⁾ Kirchen, Schulen, Bildungs- und Kulturinstitutionen usw.

Die *Subventionen* waren mit 3'72 Mrd. S etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Bergbau und einzelne verstaatlichte Unternehmungen erhielten infolge ihrer schwierigen Lage mehr Zuschüsse. Die Agrarsubventionen sanken insgesamt um 0'08 Mrd. S. Der Milchpreisausgleich erhöhte sich nur um die Mehrkosten des Milchwirtschaftsfonds, da seit der Senkung der Erzeugerpreise im April die Milchlieferung stagniert. Die Stützungsbeträge für Düngemittel sanken um rund die Hälfte (-0'14 Mrd. S). Die kräftige Ausweitung der heimischen Futtermittelproduktion zog ähnliche Einsparungen an Futtermittelsubventionen nach sich.

Für die *Staatsschuld* gab der Bund um 24% (0'97 Mrd. S) mehr aus. Von den 5'06 Mrd. S waren 2'91 Mrd. S Tilgungen und 2'15 Mrd. S Zinsen und Spesen.

Nach der kräftigen Steigerung im Jahr 1967 (+20%) wurden die *Investitionen* nur wenig ausgeweitet. Dank der Freigabe des halben Eventualbudgets standen 11'68 Mrd. S für investitionsähnliche Zwecke bereit, um 2% (0'19 Mrd. S) mehr als im Vorjahr. Die Verwaltungszweige investierten 4'44 Mrd. S (+3%), die Bundesbetriebe 3'29 Mrd. S (+2%). Für Instandhaltung wurden 1'73 Mrd. S (-7%) ausgegeben, der Investitionsförderung flossen 2'23 Mrd. S (+7%) zu, wobei die Landwirtschaft weniger und das Bildungswesen mehr Förderungsmittel erhielt.

Subventionen

	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1969 Bundes- vor- anschlag
Mill. S				
Brotgetreide	438	425	- 13	401
Milch	1.573	1.665	+ 92	1.867
Sonstige Lebensmittel	95	164	+ 69	181
Futtermittel	236	121	-115	191
Düngemittel	303	164	-139	164
Treibstoffverbilligung	204	206	+ 2	217
Bergbauhilfe	122	176	+ 54	77
Sonstige Zuschüsse an verstaat- lichte Unternehmungen	71	135	+ 64	133
Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	89	90	+ 1	110
Zinszuschüsse (auf Grüner Plan	152	180	+ 28	196
Subventionen an die übrige Wirtschaft	378	394	+ 16	378
	3.661	3.720	+ 59	3.915

Der Sachaufwand der *Landesverteidigung* wurde mit 254 Mrd. S (+2%) dotiert. Da mehr Wehrpflichtige dienten und die ČSSR-Krise zusätzliche Aufwendungen erforderte, konnte nur wenig moderne Ausrüstung nachgeschafft werden. Der Anteil der gesamten Wehrausgaben am Brutto-Nationalprodukt (die Wehrquote) sank von 1'4% auf 1'3%.

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung

	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1969 Bundes- voran- schlag
Mill. S				
I. Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	2.890	2.950	+ 60	3.154
Hochbauten	779	873	+ 94	804
Sonderanlagen u. sonstige Bauten ..	107	95	- 12	393
Inventar, Maschinen, Fahrzeuge ..	542	522	- 20	549
Investitionen insgesamt	4.318	4.440	+122	4.900
Instandhaltung	898	982	+ 84	831
II. Bundesbetriebe und Monopole				
Bundesbahnen	1.784	1.871	+ 87	1.686
Post	1.290	1.289	- 1	1.610
Sonstige	147	127	- 20	120
Investitionen insgesamt	3.221	3.287	+ 66	3.416
Instandhaltung	964	742	-222	706
III. Investitionsförderung				
Wohnungsbau	230	234	+ 4	186
Land- u. Forstwirtschaft	1.066	1.025	- 41	849
Industrie u. Gewerbe	170	169	- 1	74
Forschung u. Wissenschaft	251	290	+ 39	203
Erziehung u. Unterricht	108	120	+ 12	118
Sonstige Darlehen u. Zuschüsse ..	265	395	+130	655
	2.090	2.233	+143	2.085
Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt	11.491	11.684	+193	11.938
davon <i>Brutto-Investitionen</i>	7.539	7.727	+188	8.316
<i>Instandhaltung</i>	1.862	1.724	-138	1.537
<i>Investitionsförderung</i>	2.090	2.233	+143	2.085

Der sprunghafte Zuwachs der *laufenden Transferzahlungen* an die Gebietskörperschaften (von 0'7 Mrd. S auf 1'18 Mrd. S) ist die Folge einer Umbuchung, da über 0'4 Mrd. S an Bundesbeiträgen zum Straßenbau von der Vermögensgebarung in die der laufenden Ausgaben überstellt wurden.

Einnahmen

Ebenso wie die Gesamtausgaben wuchsen die Gesamteinnahmen des Bundes mit 7,5% rascher als das nominelle Brutto-Nationalprodukt (+5,7%). Sie erreichten 77,77 Mrd. S und entsprachen damit den Schätzwerten des Voranschlages (Überschreitung 0,1 Mrd. S). Die Konjunkturbelebung und die Änderungen in den Steuersätzen ließen die Einnahmen der Hoheitsverwaltung um 10% steigen. Betriebe und Monopole erzielten formell um 1%, tatsächlich um 4% höhere Ergebnisse als im Vorjahr.

Struktur der Bundeseinnahmen

	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1969 Bundes- voran- schlag
	Mill. S			
I. Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung				
Steuern und Abgaben	39.285	43.828	+ 4.543	48.878
Steuerähnliche Einnahmen	8.605	9.164	+ 559	9.854
Katastrophenfonds	498	522	+ 24	560
Laufende Beiträge der Länder und Gemeinden	892	906	+ 14	1.006
Überweisungen aus dem Ausland	176	101	- 75	114
Darlehensrückflüsse	246	231	- 15	215
Gewinnanteile und Vermögenserträge	1.076	1.084	+ 8	1.239
Veräußerungserlöse	203	273	+ 70	141
Pensionsbeiträge der Beamten	365	401	+ 36	442
Strafgelder, Rechtsgebühren	482	610	+ 128	620
Laufende Ressorteneinnahmen und Kostensätze (Restpost)	2.566	2.555	- 11	3.052
Summe I	54.394	59.675	+ 5.281	66.121
II. Einnahmen der Monopole und Bundesbetriebe				
Monopole	1.315	1.395	+ 80	1.439
Post	6.978	6.819	- 159	7.456
Bundesbahnen	7.981	7.977	- 4	8.512
Postsparkasse	597	642	+ 45	662
Sonstige Betriebe	1.027	1.237	+ 210	1.273
Summe II	17.898	18.070	+ 172	19.342
Ordentliche Einnahmen (I+II)	72.292	77.745	+ 5.453	85.463
III. Außerordentliche Einnahmen				
Einnahmen insgesamt (Summe I bis III)	33	21	- 12	40
Einnahmen insgesamt (Summe I bis III)	72.325	77.766	+ 5.441	85.503

Die öffentlichen Abgaben erbrachten brutto 66,76 Mrd. S, um 8% (4,8 Mrd. S) mehr als im Vorjahr. Mindereinnahmen an direkten Steuern (-0,2%) wurden durch beträchtliche Mehreinnahmen an indirekten Steuern (+14%) weit überkompensiert. Nach Abzug der Ertragsanteile an die Gebietskörperschaften und der Überweisungen an Fonds verblieben dem Bund netto 43,83 Mrd. S (+4,54 Mrd. S oder +12%). Abweichend vom bisherigen Trend stieg das Netto-Aufkommen des Bundes weit stärker als das Brutto-Aufkommen, hauptsächlich weil die Steuererhöhungen ganz oder zu einem relativ großen Teil dem Bund zugute kamen.

Im Ertrag der direkten Steuern wirkte sich die Einkommensteuerreform ganzjährig aus. Die Lohnsteuereingänge gingen um 4,5% (-0,33 Mrd. S) auf

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1967 Erfolg	1968 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1969 Bundes- voran- schlag
	Mill. S			
A. Steuern				
1. Direkte Steuern				
Einkommensteuer	6.774	6.874	+ 100	7.100
Lohnsteuer	7.444	7.111	- 333	8.200
Körperschaftsteuer	2.397	2.310	- 87	2.200
Sonderabgaben vom Einkommen				1.610
Vermögensteuer	868	878	+ 10	920
Sonderabgaben vom Vermögen				460
Gewerbsteuer	4.641	4.784	+ 143	4.840
Beitrag vom Einkommen	3.009	2.956	- 53	3.172
Wohnbauförderungsbeitrag	652	711	+ 59	730
Beitrag für den Katastrophenfonds	498	522	+ 24	560
Sonstige direkte Steuern	311	395	+ 84	376
Summe 1	26.594	26.541	- 53	30.168
2. Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer	15.213	17.736	+ 2.523	18.675
Sonderabgaben von alkoholischen Getränken		236	+ 236	720
Sonderabgaben von Kraftfahrzeugen		41	+ 41	540
Zölle	4.551	4.738	+ 187	4.950
Tabaksteuer	3.111	3.394	+ 283	3.600
Mineralölsteuern	4.691	5.070	+ 379	5.550
Biersteuer	607	584	- 23	610
Weinsteuer, Branntweinabgabe usw.	208	240	+ 32	222
Rechnungsstempel	2.508	3.293	+ 785	3.980
Beförderungssteuer	785	776	- 9	1.150
Gründerwerbsteuer	481	521	+ 40	520
Versicherungssteuer	445	491	+ 46	560
Kraftfahrzeugsteuer	590	673	+ 83	690
Erbschafts(Schenkungs-)steuer	264	280	+ 16	210
Erbschaftssteueräquivalent	321	322	+ 1	380
Außenhandelsförderungsbeitrag	281	296	+ 15	295
Sonstige Gebühren u. Abgaben	1.305	1.526	+ 221	1.625
Summe 2	35.361	40.217	+ 4.856	44.277
Öffentliche Abgaben brutto	61.955	66.758	+ 4.803	74.445
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	22.670	22.930	+ 260	25.567
Öffentliche Abgaben netto (A)	39.285	43.828	+ 4.543	48.878
B. Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1.355	1.526	+ 171	1.595
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds	5.701	6.046	+ 345	6.700
Beiträge zum Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	569	685	+ 116	596
Sonderbeiträge gem. § 12 Wohnungsbauausgleichsgesetz	381	386	+ 5	400
Zweckgebundene Einnahmen für Preisausgleichsfonds	584	493	- 91	533
Kunstförderungsbeitrag	15	28	+ 13	30
Summe B	8.605	9.164	+ 559	9.854

7,11 Mrd. S zurück, die veranlagte Einkommensteuer erbrachte nur 6,87 Mrd. S (+1,5% oder 0,10 Mrd. S), obwohl die Vorauszahlungen vermutlich nur teilweise den ermäßigten Steuersätzen angepaßt wurden. Die unbefriedigende Ertragslage vieler Großunternehmen schmälerte weiterhin das Aufkommen an Körperschaftsteuer (-3,6% auf 2,31 Mrd. S). Der Ertrag an Gewerbesteuer nahm leicht zu (+3%), blieb aber mit 4,78 Mrd. S unter dem Voranschlag.

Die höchsten Zuwachsraten unter den *indirekten Steuern* hatten Umsatzsteuer (+17%) und Rechnungsstempel (+31%). Das beachtliche Umsatztsteuererwerb (1774 Mrd. S) war teils der Erhöhung der Steuersätze und teils der Konjunkturbelebung zu danken, die sich in steigenden Inlandsumsätzen und Importen gewerblicher Güter niederschlug. Im letzten Jahresdrittel hob der Bund die 10%ige Sonderabgabe von alkoholischen Getränken und Kraftfahrzeugen ein. Sie erbrachte 0,28 Mrd. S, obwohl viele Käufer von Personenkraftwagen der neuen Steuer auswichen, indem sie ihren Bedarf vorweg deckten. Die Zolleinnahmen stiegen um 4% auf 474 Mrd. S, die Verbrauchsteuern um 8% auf 929 Mrd. S. Die Tabaksteuer, die ab 1. September bei gleichbleibenden Abgabepreisen für Tabakwaren um rund 4% erhöht wurde, warf 339 Mrd. S (+9%) ab, die Mineralölsteuer 507 Mrd. S (+8%). Die Erträge der Steuern auf alkoholische Getränke (0,82 Mrd. S) stagnierten hauptsächlich witterungsbedingt. Gebühren und Verkehrssteuern ergaben 818 Mrd. S. Von den Mehreinnahmen (+123 Mrd. S oder 18%) entfiel ein großer Teil auf Rechnungsstempel. Auch die übrigen Stempel- und Rechtsgebühren (102 Mrd. S) wuchsen kräftig (13%). Der schwächere Zuwachs der Lohn- und Gehaltssumme beeinflusste das Aufkommen an *steuerähnlichen Einnahmen* (916 Mrd. S). Es wuchs um 6,5% (0,56 Mrd. S), weniger als in den Jahren vorher. Vor allem die direkt von der Lohnsumme berechneten Dienstgeberbeiträge nahmen nur mäßig zu (+6%). An Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung (153 Mrd. S) gingen um 13% mehr ein, weil die Beitragsgrundlage hinaufgesetzt wurde.

Die *sonstigen Einnahmen* (vorwiegend Kostensätze, Vermögenserträge und Beiträge aus privaten und öffentlichen Quellen sowie die Einkünfte des Katastrophenfonds) stiegen um 3% auf 668 Mrd. S, wobei hauptsächlich vermehrte Eingänge an Strafgeldern und Rechtsgebühren (+26%) ins Gewicht fielen.

Die *Monopole und Betriebe* nahmen 1807 Mrd. S ein. Das sind um 0,75 Mrd. S oder 4% mehr als im Vorjahr, wenn man berücksichtigt, daß die bisher im Budget durchlaufenden Rundfunk- und Fernsehgebühren ab 1968 direkt an die Rundfunk Ges.m.b.H. fließen¹⁾.

Die Einnahmen der Post lagen mit 682 Mrd. S um 6,5% oder 0,42 Mrd. S über dem (vergleichbaren) Ergebnis vom Vorjahr. Die expansivste Betriebssparte der Post ist nach wie vor der Fern-

sprechverkehr, der 305 Mrd. S (+9%) erbrachte. Ebenso wie die Post wirtschafteten auch die Bundesbahnen mit gleichbleibenden Tarifen. Da die Verkehrsleistungen der ÖBB nahezu stagnierten, blieben auch die Einnahmen unverändert (798 Mrd. S). Die sonstigen Betriebe (hauptsächlich Bundesforste und Hauptmünzamt) erzielten beträchtliche Mehrerträge (20% oder 0,21 Mrd. S).

Der Brutto-Abgang der Monopole und Betriebe stieg von 437 Mrd. S auf 456 Mrd. S (+4%). Es ist jedoch zu beachten, daß die kameralistische Buchführung sämtliche Investitionen als Ausgaben verrechnet. Scheidet man die Netto-Investitionen (Brutto-Investitionen abzüglich Abschreibungen laut Bilanz) in Höhe von etwa 1,2 Mrd. S aus, dann reduziert sich das Netto-Defizit auf 32 Mrd. S und 34 Mrd. S.

Stand der Finanzschuld des Bundes¹⁾

	1966		1967		1968	
	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung
Mill. S						
I. Auslandschuld						
davon						
Titrierte Schuld	1 903	+ 266	5 724	+ 3 821	6 935	+ 1 211
Nicht-titrierte Schuld	1.778	— 942	1.476	— 302	4.936	+ 3.460
Summe I	3.681	— 676	7 200	+ 3.519	11 871	+ 4.671
II Inlandsschuld						
1 Fundierte Schuld	22 407	+ 844	23 414	+ 1 007	23 481	+ 67
davon titriert	16 287	+ 612	17 211	+ 924	16 835	— 376
nicht-titriert	6 120	+ 232	6 203	+ 83	6 646	+ 443
2 Schwebende Schuld	3.189	+ 832	3.965	+ 776	4.489	+ 524
Summe	25.596	+ 1.676	27.379	+ 1.783	27.970	+ 591
Gesamte Bundesschuld	29.277	+ 1.000	34.579	+ 5.302	39 841	+ 5 262
davon kurzfristig ²⁾	827	+ 295	215	— 612	1 463	+ 1 248
mittelfristig ³⁾	2 827	— 151	7.368	+ 4.541	9 587	+ 2 219
langfristig ⁴⁾	25 623	+ 856	26 996	+ 1 373	28 791	+ 1 795

¹⁾ Jeweils 31. Dezember. — ²⁾ Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr. — ³⁾ Laufzeit 1 bis 5 Jahre. — ⁴⁾ Laufzeit länger als 5 Jahre.

Der hohe staatliche Kreditbedarf ließ die *Finanzschuld* um 526 Mrd. S (15%) auf 3984 Mrd. S steigen. Der Bund verschuldete sich hauptsächlich im Ausland, wo Kredite zu relativ günstigen Bedingungen erhältlich waren. 0,6 Mrd. S Tilgungen standen 53 Mrd. S Neuaufnahmen von ausländischen Krediten gegenüber. Die Auslandsschuld stieg dadurch auf 1187 Mrd. S. Die Inlandsschuld wurde um 0,59 Mrd. S auf 2797 Mrd. S ausgeweitet. Die gesamte Bundesschuld erreichte 135% des Brutto-Nationalproduktes. Der Anteil war etwas höher als in der ersten Hälfte der sechziger Jahre (12%), aber noch viel niedriger als in der Vor- und Nachkriegszeit. 41 Mrd. S (17% des Brutto-Nationalproduktes) wurden für Tilgungen und Verzinsung aufgewendet, etwas mehr als in den Vorjahren, da besonders die Tilgungserfordernisse stärker wuchsen. Die durchschnittliche Verzinsung der Bundesschuld blieb mit 5,4% unverändert.

Max Arbesser

¹⁾ Aus dem gleichen Grund verminderte sich der Betriebsaufwand der Monopole und Betriebe formell um 0,19 Mrd. S, wogegen er tatsächlich um 0,38 Mrd. S (7%) stieg.